

Ressort: Politik

Streit um "Digitalpakt" geht weiter

Berlin, 05.12.2018, 16:16 Uhr

GDN - Trotz der einhelligen Ablehnung einer Grundgesetzänderung durch die 16 Ministerpräsidenten der Länder drängt SPD-Partei- und Fraktionschefin Andrea Nahles auf eine schnelle Einigung über den sogenannten "Digitalpakt". "Die offenen Fragen zwischen Bund und Ländern müssen nun zügig im Vermittlungsausschuss geklärt werden", sagte Nahles der "Süddeutschen Zeitung" (Donnerstagsausgabe).

Obwohl auch alle sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gegen den Beschluss des Bundestages votierten, sagte Nahles: "Die SPD setzt sich geschlossen dafür ein, dass das Gesetzgebungsverfahren zu den Grundgesetzänderungen schnellstmöglich zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wird". Wichtigstes Ziel bleibe "die Abschaffung des strikten Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik". Nur mit den Grundgesetzänderungen würden auch "die dringend nötigen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Personennahverkehr möglich". Nahles erinnerte daran, dass alle diese Vorhaben auch im Koalitionsvertrag verabredet worden seien. An dessen Entstehen waren auch zahlreiche Ministerpräsidenten beteiligt. Trotzdem machte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) dem Bund schwere Vorwürfe. "Der Bund dilettiert seit 2016 mit dem Digitalpakt und hat bislang keine verfassungskonforme Lösung auf den Tisch gelegt", sagte Laschet dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Donnerstagsausgaben). Dies sei der Grund für das "Nein" Nordrhein-Westfalens und anderer Länder zum Vorschlag des Bundes in der aktuellen Form. Laschet wirft der großen Koalition vor, die im Grundgesetz vorgeschriebene Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern aushebeln zu wollen. "Seit Oktober 2016 könnte der Bund den Schulen das Geld geben, aber er verweigert sich und unternimmt stattdessen den komplizierten Versuch, mit dem Pakt gleichzeitig das Verfassungsgefüge der Bundesrepublik zu verändern", sagte der CDU-Politiker. "Der Einfluss des Bundes auf die Bildungspolitik der Länder soll für immer festgelegt werden. Das ist unangemessen und der völlig falsche Weg", betonte Laschet. "Der Bund ist zuständig für Außenpolitik und Verteidigung, die Länder für Bildung. So war es, so bleibt es. Wir können historische Errungenschaften der Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht so einfach aufs Spiel setzen."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-116476/streit-um-digitalpakt-geht-weiter.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619